

## **PAX CHRISTI ZUR DISKUSSION UM „RELIGIÖS-MOTIVIERTEN EXTREMISMUS“ UND „POLITISCHEN ISLAM“**

In einer Demokratie haben alle Menschen das gleiche Recht, ihre Vorstellungen in die öffentliche Debatte einzubringen und die Gesellschaft mitzugestalten. Das gilt natürlich auch für Angehörige von Religionsgemeinschaften. Religiöser Pluralismus und Gleichberechtigung der Religionen gehören konstitutiv zu einem demokratischen Staatswesen. Mit Recht wird von Religionsgemeinschaften ein Bekenntnis zur Demokratie und zur Trennung von Kirche und Staat verlangt. Aber umgekehrt muss auch anerkannt werden, dass jede Religion auch eine soziale Botschaft und damit eine „politische“ Dimension hat. In diesem Zusammenhang ist es für Pax Christi unverständlich, warum bei einer einzigen Religion der Begriff „politisch“ von vornherein als abwertend, ja sogar als strafrechtlich relevant betrachtet wird.

Zwar wurde der Begriff „Politischer Islam“ nun offenbar doch nicht direkt im Text der Novellierung des Strafgesetzbuches verwendet, sondern es heißt dort „religiös-motivierte extremistische Verbindung“, aber sowohl in den Gesetzes-Erläuterungen als auch bei den öffentlichen Verlautbarungen von Integrationsministerin Susanne Raab wurde wiederholt betont, dass es dabei in erster Linie um den „politischen Islam“ gehe. Offenbar waren sich die Koalitionsverhandler nach der Aufhebung des „Kopftuchverbots“ durch den VfGH dessen bewusst, dass die Bezugnahme auf ausschließlich eine Religion verfassungswidrig sein könnte. Allerdings stellt sich auch bei der neuen Bezeichnung die Frage, warum ein „religiös-motivierter“ Extremismus als eigener Straftatbestand definiert werden soll. Es gibt in Österreich genügend Gesetze gegen alle Arten von Extremismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen – unabhängig von der dahinter stehenden Motivation der Täter.

Österreich war bisher ein international angesehenes Modell nicht nur für die interreligiöse Zusammenarbeit, sondern auch für das positive Zusammenwirken von Staat und Religionsgemeinschaften im allgemeinen sowie dem Islam im besonderen – durch die in der westlichen Welt nicht selbstverständliche rechtliche Anerkennung als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft. Dieses vertrauensvolle Zusammenwirken sollte auch in Zukunft die Basis für die Bewältigung der Herausforderungen und auch der Bedrohungen der Gesellschaft (inkl. des Terrorismus) sein. Zu diesem Weg des Dialogs und der Kooperation – statt der Verdächtigung und Diskriminierung – möchte auch Pax Christi Österreich ermutigen.

Linz, 18. 12. 2020

Für PAX CHRISTI ÖSTERREICH  
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Palaver (Präsident)  
Dr. Meinrad Schneckenleithner (Vizepräsident)  
Adalbert Krims (Vizepräsident)